

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 14. Ratssitzung vom 12. September 2018

347. 2018/194 Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2017

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2017 in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 20. August 2018).

Referent zur Vorstellung des Berichts:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die Ombudsfrau leistet immer gute Arbeit, auch in der GPK werden wir stets von ihrer guten Arbeit überzeugt. Die Ombudsstelle fungiert auf zwei Ebenen: Die verwaltungsinterne und die Ebene zwischen Verwaltung und Bürger, für den die Pflege dieser zweiten Ebene besonders wichtig ist. Jedes Jahr formuliert die Ombudsfrau im Bericht einen anderen Grundsatzgedanken. Dieses Jahr betrifft es die Schwierigkeiten in der Schule; insbesondere die Eltern-Schulleiter-Beziehung. Sie listet in den Berichten jeweils nachvollziehbare Fallstudien auf und zeigt, an welchen Stellen Probleme vorhanden sind und wie Eskalationen verhindert werden können. Die GPK dankt Dr. Claudia Kaufmann für ihre sehr gute Arbeit.*

Weitere Wortmeldungen:

Mischa Schiwow (AL): *Die AL ist selbstverständlich damit einverstanden, den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen zu genehmigen und dankt Dr. Claudia Kaufmann für ihren unermüdlichen Einsatz. Im vorliegenden Bericht nimmt ein Thema einen besonderen Stellenwert ein, das uns seit einiger Zeit mit Besorgnis erfüllt: Fälle von Racial Profiling. Es gibt Anzeichen, dass diese Praxis auch in Zürich im Umgang der Polizei mit Menschen anderer Herkunft latent vorhanden ist. Im Bericht werden drei Fallbeispiele aufgezeigt, bei denen es äusserst schwierig war, eine Benachteiligung wegen der äusseren Erscheinung nachzuweisen. Frau Kaufmann hält fest: «Im Zentrum steht die Frage, ob Racial und Ethnic Profiling erst dann vorliegt, wenn die äussere Erscheinung oder das erkennbare oder zugeschriebene bzw. vermutete Merkmal der Zugehörigkeit zu einer spezifischen Gruppierung als einziges Kriterium zur Anwendung kommt oder bereits, wenn es nur eines unter mehreren Kriterien ist.» Bei Personenkontrollen braucht es einen gewichtigen oder mehrere Anhaltspunkte, die eine Kontrolle einer Person von fremdländischem Aussehen rechtfertigen. Die Hautfarbe oder die Kleidung einer Person reichen nicht als ausreichendes Verdachtsmoment. Diskriminierungen gibt es nicht nur bei der Polizei. Ich war selber Zeuge eines Vorfalls in einem Kreisbüro, in dem die kundenorientierte Beamtin mehrere Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig waren, systematisch mit Du ansprach. Es ist zu wünschen, dass der Bericht der Ombudsfrau, der auch weitere Schwachstellen des Umgangs der Verwaltung mit der Bevölkerung aufzeigt, von möglichst vielen Dienstchefinnen und -chefs gelesen wird.*

Urs Helfenstein (SP): Die Anzahl der Geschäfte und Anfragen blieb in den letzten fünf Jahren konstant. Der Anteil von internen Personalgeschäften nahm aber kontinuierlich zu; er liegt bereits bei über vierzig Prozent. Das wird voraussichtlich weiter zunehmen, was uns zu denken geben sollte. Positiv zu werten ist, dass aber dementsprechend die externen Anfragen abnehmen. Es fällt auf, dass über 75 Prozent der Fälle lediglich vier Departemente betreffen: das Sicherheitsdepartement, das Gesundheits- und Umweltsportdepartement, das Schul- und Sportdepartement sowie das Sozialdepartement. Es handelt sich dabei um die Departemente, die viel mit Klienten oder Kunden zu tun haben. Der Bericht ist nicht nur für die GPK von Interesse, da er nicht nur tragische Fälle beinhaltet, sondern auch solche mit Unterhaltungswert. Die Eintrittsschwelle der Ombudsstelle ist auffällig niedrig: Die Dienstleistung ist sehr bekannt und wird genutzt. In der GPK sehen wir, dass Dr. Claudia Kaufmann einen starken Willen hat, nicht nur stets ihre Dienstleistung, sondern auch die Dienstleistungen der Stadt zu optimieren. Mit beispielhaftem Willen setzt sie sich auch über ihren Auftrag hinaus ein, weshalb Renate Fischer (SP) und ich ein Postulat einreichten, um den Handlungsspielraum der Ombudsfrau zu erweitern. Im Vergleich zu anderen eidgenössischen Ombudsstellen ist festzustellen, dass die Dienstleistung unserer Ombudsfrau beispiellos niederschwellig ist, weshalb sie weithin bekannt ist und das Angebot genutzt wird.

Duri Beer (SP): Im Bericht wird das uns wichtige Thema der Schulen angesprochen, wo eine grosse Nachfrage der Bevölkerung – von engagierten Eltern, die das Beste für ihre Kinder wollen – besteht, der Stadt zu begegnen. In diesem Spannungsfeld kommt es immer wieder zu Situationen zwischen der Schulbehörde, die gewisse Massnahmen vorschlägt oder anordnet, und dem Anspruch der Eltern, die eine gewisse Verbindlichkeit verlangen, wenn es um das Hinterfragen dieser Massnahmen geht. Die Basis dafür ist das Dokumentieren. Die Schulen stehen vor der grossen Schwierigkeit, diese Gespräche zu protokollieren und administrativ so zu begleiten, wie es von einer staatlichen Institution, die nachvollziehbar handeln muss, verlangt wird. Dieses Thema muss die Politik zukünftig im Auge behalten, damit Chancengleichheit weiterhin gewährleistet werden kann. Dem Thema Digitalisierung und technologische Fortschritte stehen wir enthusiastisch gegenüber. Auch die Schulen sind sehr engagiert. Im Bericht wird die Digitalisierung als Alternative beschrieben: Eltern sollen mit den Schulen elektronisch kommunizieren, wenn es etwa um Betreuungsvereinbarungen oder andere Abmachungen geht, damit der administrative Aufwand minimiert werden kann. Berechtigterweise macht die Ombudsfrau auf diesen Aspekt aufmerksam, denn das sollte weiterhin eine Möglichkeit bleiben, aber nicht zum Ersatz werden, so dass etwa die Menschen, die der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig sind, weiterhin mit der Schule kommunizieren können.

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2017 abzunehmen.

3 / 3

Zustimmung: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsidentin Christine Seidler (SP), Duri Beer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Markus Kunz (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Mischa Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2017 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat